MERKBLATT ZUR ERHEBUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN RECHTS- UND ORDNUNGSAMT DES LANDRATSAMTES SONNEBERG SACHGEBIET ÖFFENTL. SICHERHEIT UND ORDNUNG/VERKEHR, SACHBEREICH WAFFENBEHÖRDE

Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen und Art. 14 DS-GVO - Erhebung bei Dritten

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Sonneberg vertreten durch den Landrat Bahnhofstraße 66, 96515 Sonneberg Telefon: 03675 871-0

Rechts- und Ordnungsamt Landratsamt Sonneberg vertreten durch die Amtsleitung

Telefon: 03675 871-355, Telefax: 03675 871-404

E-Mail: rechtsamt@lkson.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

behördlicher Datenschutzbeauftragter Landratsamt Sonneberg

Bahnhofstraße 66, 96515 Sonneberg Telefon: 03675 871-340, Telefax: 03675 871-404 E-Mail: datenschutzbeauftragter@lkson.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

Erteilung/Versagung/Widerruf von waffenrechtlichen Erlaubnissen, Verfolgung Ordnungswidrigkeiten, Verwaltung Asservate

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf Grundlage von: § 39 Abs. 1 WaffG, Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e DS-GVO, §§ 43 ff. WaffG, WaffVwV, AWaffV. Die Waffenbehörden dürfen personenbezogene Daten auch ohne Mitwirken des Betroffenen in den Fällen des § 5 Abs. 5 WaffG und § 6 Absatz 1 Satz 3 und 4 WaffG erheben. Sonstige Rechtsvorschriften des Bundes oder Landesrechts, die eine Erhebung ohne Mitwirkung des Betroffenen vorsehen oder zwingend voraussetzen, bleiben unberührt (§43 Absatz 1 WaffG). Zudem sind öffentliche Stellen im Geltungsbereich dieses Gesetzes auf Ersuchen der zuständigen Behörde verpflichtet, dieser im Rahmen datenschutzrechtlicher Übermittlungsbefugnisse personenbezogene Daten zu übermitteln, soweit die Daten nicht wegen überwiegend öffentlicher Interessen geheim gehalten werden müssen (§ 43 Abs. 2 WaffG). Die Waffenbehörde meldet erstmalig und bei Verlust/Rückgabe/Widerruf einer waffenrechtlichen Erlaubnis an die Meldebehörde (§ 44 Abs. 1 WaffG). Die Meldebehörde teilt den Waffenbehörden Namensänderung, Wegzug oder Tod des Erlaubnisinhabers mit (§ 44 Abs. 2 WaffG).

Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (nur soweit gesetzlich vorgeschrieben)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt:

6. Dauer der Speicherung/Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von mindestens 10 Jahren nach Tod. Bei Unterlagen zur Versagung einer waffenrechtlichen Erlaubnis gilt die Aufbewahrungsfrist von fünf Jahren (§ 44 a WaffG).

Personenbezogene Daten werden nicht bei der betroffenen Person erhoben, sondern bei Dritten (Art. 14 Abs. 2 lit. f DS-GVO) (Erhebung nur soweit gesetzlich vorgeschrieben.)

⊠nein

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus folgender Quelle: Da-
ten, die nicht beim Betroffenen selbst erhoben werden, stammer
vorrangig aus Quellen, die gesetzlich zur Ermittlung vorgeseher
sind, z.B. Behörden, Gerichte, Polizei- und Strafverfolgungsbe-
hörde, Meldebehörden, Amt für Verfassungsschutz, Zollkriminal-
amt, Bundespolizeipräsidium, Bundeskriminalamt

Ihre personenbezogenen Daten stammen aus einer öffentlich zugänglichen Ouelle: \square ia \square nein

8. Kategorien der personenbezogenen Daten

Kategorien der personenbezogenen Daten
Von Ihnen werden folgende Kategorien von personenbezogenen Da-
tan vararbaitat.

ten verarbeitet:		
☑ Name	☑ Anschrift	
□ Geburtsdaten	☐ Geschlecht	
	□ Telefonnummer	

Stand: 2025

☐ ja

9.	Empfänger oder Kategorien von Empfängern der Daten (Ar	t
	14 Abs. 1 lit. e DS-GVO)	

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- innerhalb des Verantwortlichen: Fachämter, Sachgebiete, Büro Landrat, Stabsstellen (sofern dies erforderlich ist)
- Auftragsverarbeiter: Fachspezifische Software Condition (Art. 28 DS-GVO)

☑ Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

Im Einzelfall erfolgt die Übermittlung von Daten gem. § 39 StVG an weitere berechtige Empfänger soweit dies gesetzlich erlaubt ist

10. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß (Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO, Art. 14 Abs. 2 lit. g DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ☐ ja nein

11. Weiterverarbeitung der personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck (Art. 14 Abs. 4 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erlangt wurden:
☐ ja nein

12. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die nachfolgenden Rechte besteht nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein. Sie haben gegenüber dem Verantwortlichen ein Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, gegebenenfalls einen Anspruch auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, ein Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-DS-GVO bzw. ein Recht oder auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten nach Art. 18. DS-GVO. Sie haben auch ein Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DS-GVO. Sie haben zudem ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung ihrer Daten nach Art. 21 DS-GVO. Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt bestehen.

13. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird. Der Widerruf kann auch mündlich oder per E-Mail erfolgen. Gegebenenfalls müssen Sie Ihre Identität nachweisen. Ab Zugang Ihrer Erklärung dürfen Ihre Daten nicht weiterverarbeitet werden. Sie sind unverzüglich zu löschen. Die bisherige Verarbeitung bleibt jedoch hiervon unberührt (Widerrufsrecht). Sie können nicht gezwungen oder gedrängt werden, Ihre Einwilligung zu erklären oder aufrecht zu erhalten (Freiwilligkeit der Einwilligung).

14. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt

www.tlfdi.de, E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de Telefon: 0361 57 3112900, Telefax: 0361 57 3112904

15. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie sind daher verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Der Schutz Ihrer Personenbezogenen Daten ist uns ein wichtiges Anliegen. Sollten Sie sich mit Ihren Fragen in den vorgenannten Ausführungen zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten nicht wiederfinden, stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne für weitere Informationen zur Verfügung. Nehmen Sie mit uns Kontakt auf